

## Erinnerungsvermerk

über eine Besprechung mit Nat.Rat Dr.Maleta am Mittwoch, den  
25.Mai 1955, 15.30 Uhr.

Anschließend an eine Parteienbesprechung über die Bankenrekonstruktion am Montag, den 23.Mai 1955, forderte ich Nat.Rat Dr.Maleta auf, zu mir zu kommen, um mir seine Ansichten zur Frage der Übernahme der USIA-Betriebe zu sagen, da wir uns damit in den Paritätischen Kommissionen in der nächsten Zeit zu beschäftigen hätten. Die Besprechung kam am Mittwoch, den 25.Mai, um 15.30 Uhr in meinem Büro zustande.

Ich sage Dr.Maleta dasselbe, was ich am Vormittag Bundeskanzler Raab erklärt hatte, nämlich die Gemeinsamkeit der beiden Parteien in der Durchführung sowohl im Finanzministerium wie im Verkehrsministerium. Maleta bestätigt, daß dieses Vorgehen im Koalitionsvertrag festgelegt ist. Er sieht keine Schwierigkeit für den Teil der Betriebe, die in den Verstaatlichungsgesetzen aufgezählt sind. Das Problem besteht für den übrigen Teil, den seine Leute nicht in den Bereich des Verkehrsministeriums kommen lassen wollen. Sie wären durch eine diesbezügliche Erklärung in der Rede Korefs im Parlament aufgeschreckt worden. Meine Meinung geht dahin, daß man sich im jetzigen Zeitpunkt nicht durch zu weitgehende Erklärungen die Durchführung erschwert, da man in gemeinsamen Beratungen jeden einzelnen Fall gesondert behandeln müssen. Es wird Fälle geben, wo auch die Volkspartei eine Weiterführung des Betriebes durch den Staat als notwendig und zweckmäßig ansieht. Es wird auch Fälle geben, wo die Zusammenlegung mit einem größeren Betrieb zweckdienlich erscheint, und sicher wird es auch Fälle geben, wo eine Liquidation allgemein als richtig erkannt wird. Maleta stimmt dieser Ansicht zu, sagt aber, daß es für sie wahrscheinlich schwer möglich sein wird, vor den nächsten Wahlen, die er erst im Jahre 1956 sieht, einer Überstellung solcher Betriebe in den Ressortbereich des Verkehrsministeriums zuzustimmen. Solche Lösungen würden Gesetze erfordern und die würden sie bei der derzeitigen Stimmung ihrer Leute nicht durchbringen. Es sei aber die staatliche Führung solcher Betriebe im Ressortbereich des Finanzministeriums - wenn auch provisorisch -

sicher möglich. Ich nehme dazu keine Stellung und antworte ihm nur, daß meiner Überzeugung nach in sachlichen Verhandlungen Lösungen für alle Fragen gefunden werden können, nur müsse man verhandeln und dürfe nicht einseitig vollendete Tatsachen setzen. Wie ich höre, bereite Bundesminister Dr. Kamitz bereits die Einsetzung öffentlicher Verwalter vor, ohne sich mit unserer Seite in Verbindung zu setzen und auch ohne die Arbeiterkammer anzuhören, wie das im Gesetz vorgeschrieben ist. Maleta sagt, es wird sich der Übergang ohne öffentliche Verwalter nicht machen lassen. Das bestätige ich ihm wohl unter der Voraussetzung, daß sie im Einvernehmen mit uns - also unter Berücksichtigung unserer Personenvorschläge - zustande kommen. Einseitiges Vorgehen durch Kamitz würde dasselbe auf meiner Seite zur Folge haben.

Maleta schneidet dann noch eine Reihe anderer Fragen an. Vor allem will er die Fortsetzung der Verhandlungen über die Neuregelung im Rundfunk. Er sagt, die Form einer öffentlichen Anstalt, wie wir sie fordern, würde ihn persönlich nicht schrecken, aber viele seiner Leute, insbesondere die westlichen Landeshauptmänner, sind dagegen. Er habe deshalb zwei der größten Schreier in das Verhandlungskomitee genommen (Krainer, Klaus). Ich erwidere ihm, daß diese gesetzliche Lösung unserer Meinung nach absolut im Sinne der Demokratie liege und geeignet ist, das bestehende Mißtrauen der beiden Parteien am besten zu überbrücken. Dadurch wird nämlich sichergestellt, daß jede Partei unabhängig vom Wahlgluck ihre entscheidende Mitsprache in diesem wichtigen Sektor behält. Wir bleiben dabei, daß die Verhandlungen bald wieder aufgenommen werden, umso mehr als durch die Übernahme von Rot-Weiß-Rot und die Notwendigkeit einer allgemeinen Gebührenerhöhung eine Einigung zweckmäßig erscheint. Zur Gebührenerhöhung meint Maleta, daß sich die Ansicht bei der Volkspartei geändert hat und die Notwendigkeit nicht mehr geleugnet wird.

Maleta erwähnt ferner, daß die Ablehnung von Parlamentsdelegationen in die Hauptstädte der Westmächte zur Beschleunigung der Ratifizierung des Staatsvertrages bei der ÖVP nicht verstanden wurde und verstimmt hat. Ich sage ihm, daß ich diese Vorgangsweise gut verstehe, denn die Ratifizierung kann bei der gegenwärtigen Situation ja sowieso nicht verhindert werden. Jede Delegation, die aber jetzt hinausgeht, wird mit einer Fülle von Forderungen überschüttet werden.

und die beteiligten Politiker werden sicherlich mit einer Reihe Verpflichtungen zurückkehren, die einzugehen gar keine Notwendigkeit besteht. Z.B. würde jeder, der heute nach Washington geht, die jüdischen Forderungen serviert bekommen. Man läßt diese Austragung besser den diplomatischen Vertretern, die sich immer auf ihre Weisungen berufen können und solchen Situationen besser gewachsen sind.

Maleta schneidet dann die Frage der Wehrmacht an. Er sieht Schwierigkeiten unter Berufung auf die Situation in Kärnten. Dazu sage ich ihm nur, daß für uns die allgemeine Wehrpflicht mit möglichst geringer Dienstzeit soviel als festliegt. Nachdem auch die ÖVP nicht auf einem Söldnerheer besteht, so müsse es doch die Möglichkeit einer Einküpfung geben.

Ich komme noch auf seinen Einspruch gegen die Nachwahl zweier sozialistischer Aufsichtsratsmitglieder in den Aufsichtsrat von Schoeller-Bleckmann zu sprechen. Über seinen Einspruch hat Minister Maisel diese Nachwahl bis zu meiner Rückkunft zurückgestellt. Der Einspruch hat keine Berechtigung, da im vergangenen Jahr die Paritätische Kommission beim Verkehrsministerium beschlossen hat, die Nachwahl von Aufsichtsratsmitgliedern im Rahmen der Parität im jeweiligen Aufsichtsrat ohne vorherige Befassung der Kommission zuzulassen, soferne zwei Wochen vor der Wahl die Namen der Gegenseite genannt werden und von dieser gegen die genannten Personen kein sachlicher Einwand erhoben wird. Maleta bestätigt mir das und erklärt sich einverstanden, daß im gegebenen Fall so vorgegangen wird.

Im Zusammenhang damit macht er mich darauf aufmerksam, daß am selben Tag im Parlament von seiner Fraktion eine Anfrage an mich wegen Schoeller-Bleckmann gerichtet wurde, die sich auf den Rechnungshofbericht bezieht. Er sagt, die Auswechslung des Gen. Direktor Grassinger sei notwendig und würde ihrer Meinung nach schon geschehen sein, wenn es nicht ein Sozialist wäre, wobei er auf den Fall Richter-Brohm wieder hinweist. Er betont, daß er diese Anfrage in seinem Klub nicht mehr zurückhalten konnte. Ich sage ihm darauf, daß mich dieses Vorgehen insoferne nicht überrasche, da von seiner Partei seit Monaten jede Sanierungsaktion für Schoeller-Bleckmann verhindert wird, ob es sich jetzt um das Finanzministerium, die Kreditlenkungscommission oder die Staatsbanken handle. Grassinger läßt sich nicht mit Richter-Brohm vergleichen und eine Auswechslung

von Grassinger allein kommt auch nicht in Frage, denn sein Kollege Dr. Fitzinger, der Schützling von Herrn Maleta, sei mindestens so schuldig wie Grassinger, wenn man von einer Schuld überhaupt sprechen kann.

Maleta schneidet dann als letzte Frage das Nationalbankstatut an. Er erklärt, daß die Verstaatlichung, wie wir sie wünschen, für seine Partei absolut unmöglich wäre und sieht in dieser Frage eine besondere Schwierigkeit für eine Einigung in der Bankenrekonstruktion. Ich gehe darauf nicht weiter ein, sondern sage nur, daß Kamitz einen neuen Vorschlag für die Zusammensetzung des Generalrates versprochen hat. Wir wollen diesen Vorschlag abwarten und werden dann weiterreden.